

Ist Kretschmanns neuer Konservatismus normativ?

Für einen politischen Normativismus

von Freihart Regner, März 2019

Vor zwei Jahren hatte ich in einem kurzen Kommentar eine neue, *synthetisch-normativ* genannte politische Verortung und Ausrichtung skizziert,¹ oder kurz: die Idee eines *politischen Normativismus*.² Anlass war das Unbehagen an einer rein dual-dialektischen, horizontal-spektralen Konzipierung der repräsentativen Demokratie, wie sie in den USA und Großbritannien aufgrund des dort geltenden Mehrheitswahlrechts am stärksten ausgeprägt ist, aber auch in Europa und Deutschland durchweg festgestellt werden kann: von konservativ-rechts (Leitmaxime Leistungsgerechtigkeit) bis progressiv-links (Leitmaxime soziale Gerechtigkeit). Derart aufgestellte repräsentative Demokratien – und das sind „im Westen“ praktisch alle – gleichen einer Wippe, bei der die Regierungsmacht entlang der genannten normativen Maximen hin und her schaukelt und dadurch langfristig kontrolliert und ausbalanciert werden soll. Indessen fragt sich, ob solches wankelmütige Hin-und-her-Pendeln von politischen Gegensätzlichkeiten bei gleichzeitig notorischem Buhlen um die gesellschaftliche Mitte („Die Magie der Mitte“, „Die neue Mitte“, die doch aber nie erreicht wird und stattdessen Parteibildungen an den Rändern des politischen Spektrums provoziert) den drängenden globalen Problemlagen – an erster Stelle dem Klimawandel, mit all seinen verheerenden Begleit- und Folgeschäden – gerecht werden kann. Gefordert scheint hier vielmehr eine tatsächlich mediale, stabil in sich ruhende politische Vernunft, Weitsicht und Durchsetzungskraft, die nach links wie rechts gleichermaßen anschlussfähig ist und somit gesamtgesellschaftlich orientierend wirkt.

Vor diesem Hintergrund habe ich vorgeschlagen, das beschriebene dual-dialektische Schema zu einem *tri-dialektischen Schema* in Anlehnung an die Hegel'sche Rechtsphilosophie zu erweitern: Das Konservative erscheint dann als gesellschaftliche *These* – „Die Verhältnisse haben sich im großen und ganzen bewährt und sollen daher weitgehend bewahrt, konserviert werden, und zwar hauptsächlich durch eine strukturelle Bevorteilung der wirtschaftlichen Leistungsträger“ –, deren dialektischer Widerspruch, hier schematisch stark vereinfacht und überspitzt ausgedrückt, im soziären Stillstand und damit einhergehender sozialer Ungerechtigkeit besteht. Dieser Widerspruch treibt sodann die *Antithese* progressiver Gesellschaftskritik hervor – „Nein, die Verhältnisse sind sozial ungerecht, und aufgrund der global-kapitalistischen Dynamik werden sie auch immer ungerechter, also brauchen wir eine

1 www.ludus-mundi.com/synthese_normativ.pdf

2 *Normativismus* bedeutet in der Philosophie die Theorie des als Norm Geltenden, des Sollens vor dem Sein, der praktischen Vernunft vor der theoretischen. In der Rechtstheorie meint der Ausdruck, dass das Recht als geschlossenes System von Normen aufzufassen ist, dessen Geltung durch eine Grundnorm – und nicht etwa einen historischen Akt – begründet wird. Der Normativismus kann als methodologischer Wegbereiter der Naturrechtslehren gelten und steht somit konzeptuell den Menschenrechten nahe. Er soll in diesem Text als *politischer Normativismus* ausgelegt werden.

tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung, und am besten gleich eine internationale“ –, deren Widerspruch wiederum in einem überwertig-egalitären Kritik- und Empörungsgestus besteht (z.B. „soziale Kämpfe um Anerkennung“). Und dieser Widerspruch wäre nun im Zuge einer zweiten Negation aufzuheben in einer *gesellschaftspolitischen Synthese mit der Leitmaxime nachhaltiger Gerechtigkeit*, die hier *normativ* genannt werden soll, weil sie in betonter Weise auf Normen, Werte und Menschenrechte setzt – allerdings nicht, wie öfter zu beobachten, links-ideologisch vereinnahmend („Weltfrieden ohne Grenzen!“), sondern in nüchterner politpragmatischer Umsetzung und nachhaltiger Durchsetzung (s.u. Schaubild).

Als Gewährsmann für solche synthetisch-normative Politik aus der gesellschaftlichen Mitte-Oben – gleichsam als Kopf auf den starken Schultern der beiden Volksparteien – wurde auf den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann verwiesen, der seine Partei, die Grünen, ausdrücklich als eine *Orientierungspartei* kennzeichnete, die nicht in erster Linie für Teilbelange der Gesellschaft verantwortlich sei, sondern in ausgleichender Absicht das gesellschaftliche Ganze in den Blick zu nehmen habe. Die Grünen verstünden sich selbst zwar mehrheitlich als eine Partei links von der Mitte – entsprechend umstritten bis angefeindet wird Kretschmann aus den eigenen Reihen –, er aber wolle sie, im Sinne der genannten Orientierungsfunktion, ganz in die politische Mitte ziehen. In Bezug auf die Flüchtlingspolitik etwa heiße das, zwar mit (ethischen) Grundsätzen, nicht aber mit Dogmen vorzugehen – offenkundig eine Spitze gegen die oben erwähnte moralistische Vereinnahmung der Menschenrechtsidee von links, wie sie nicht selten auch bei den Grünen festzustellen ist.

Nun hat Winfried Kretschmann ein Buch vorgelegt, in dem er selbst seine politische Ausrichtung beschreibt, mit dem Titel „Worauf wir uns verlassen wollen: Für eine neue Idee des Konservativen“.³ Darin heißt es im Fazit: „Die Idee des wertgebundenen Gestaltens ist die konservative Idee unserer Zeit. Sie denkt sich von der Zukunft her und nicht von der Vergangenheit. ... Denn in Zeiten stürmischen Wandels braucht es Antworten auf die Sehnsucht nach Halt, Sicherheit und Orientierung.“⁴ Vor diesem Hintergrund plädiert Kretschmann für eine „*Politik des Und*“, „eine Politik, die *Bewahren und Gestalten* zusammenbringt“⁵. Im einzelnen gelte es hierfür *Ökonomie und Ökologie* zu verbinden, wozu die Idee der *Nachhaltigkeit* ins Zentrum von Wirtschaft und Politik zu rücken sei; „*conservare*“ werde dann zum „*transformare*“. Weiter seien *Zusammenhalt und Vielfalt* sowie *Heimat und offene Gesellschaft* zu verbinden, damit von der derzeitigen gesellschaftlichen Polarisierung nicht die Populisten profitierten, sondern eine lebendige bürgerschaftliche Gemeinschaft entstehe, die von Gehörtwerden und zivilisiertem Streit geprägt ist. Um ferner den Wandel durch die Digitalisierung zu gestalten, müssten *Fortschritt und Humanität* zu einem „digitalen Humanismus“ verbunden werden. *Das Regionale, die Nation und Europa* seien zusammenzuführen, um einerseits den globalen Herausforderungen zu begegnen, während der Nationalstaat andererseits immer noch

3 Kretschmann, W. (2018): Worauf wir uns verlassen wollen: Für eine neue Idee des Konservativen. Frankfurt a. M.: Fischer.

4 Ebd., S. 140.

5 Ebd.

Identität und Zugehörigkeit stifte. Um *wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich* zu verbinden, sei die Bildung in den Mittelpunkt zu stellen. *Sicherheit und Freiheit* seien zusammenzubringen, wenn es darum geht, auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus zu reagieren. Und die Verbindung von *Humanität und Ordnung* sei mit Blick auf die Flüchtlingsthematik gefordert: „Ich plädiere für einen pragmatischen Humanismus, der das Asylrecht entschieden verteidigt, aber gleichzeitig die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft im Blick hat. ... All jene, die politisch verfolgt oder einem Bürgerkrieg entflohen sind, erhalten unseren Schutz, ... [jeder andere] muss in seine Heimat zurückkehren.“⁶ Zugleich seien über ein Zuwanderungsgesetz neue Wege der legalen Migration zu eröffnen.

Um eine solche „Politik des Und“ umzusetzen, sei das *Dreieck aus Staat, Markt und Bürgergesellschaft* gut auszubalancieren: Der leistungsfähige Staat solle den Menschen ermöglichen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten und sich frei und gleichberechtigt in die Gesellschaft einzubringen; der Markt habe nicht nur ökonomischen, sondern auch ökologischen und sozialen Fortschritt sicherzustellen; und die Bürgergesellschaft sei dort lebendig, wo Menschen freiwillig aktiv werden, sich ehrenamtlich engagieren, politisch beteiligen und zivilisiert streiten, denn hieraus entstünden die Werte, die das Gemeinwesen tragen. „Die neue Idee des Konservativen steht für keine abgeschlossene politische Ideologie mehr, sondern ist eng verwoben mit anderen, ökologischen, sozialen und liberalen Ideen. ... Sie hat eine Leidenschaft für die Sache, hält sich an Prinzipien, an Maß und Mitte ... und setzt [reflexiv und pragmatisch] auf demokratischen Ausgleich und Dialog.“⁷

Nach diesem kurzen Abriss des neuen Konservatismus nach Winfried Kretschmann stellt sich bei einer vergleichenden Betrachtung nun die Frage, ob und inwieweit dieser synthetisch-normativ im oben umrissenen Sinne eines politischen Normativismus ist. Hierbei fällt zunächst auf, dass die vom Autor aufgezählten Begriffspaare sich grob je dem rechten versus dem linken Lager zuordnen lassen: Bewahren, Ökonomie, Zusammenhalt, Heimat, Region und Nation, wirtschaftliche Dynamik, Sicherheit und Ordnung entsprechen seit jeher eher dem konservativen Denken – Gestalten, Ökologie, offene Gesellschaft, Fortschritt, Europa (und Internationales), sozialer Ausgleich, Freiheit und Humanität lassen sich eher der progressiven Mentalität zurechnen. Die „Politik des Und“ bestünde demzufolge in einem „demokratischen Ausgleich“ zwischen den beiden traditionellen politischen Mentalitäten und Kräften. Hier scheint es nun nahezuliegen, dieses ausgleichende Und als synthetisch aufzufassen – jedoch bedeutet *Synthese* im dialektischen Sinne nicht in erster Linie Ausgleich und Kompromiss, sondern es meint wörtlich eine *Aufhebung* der konservativen These und der progressiven Antithese auf eine höhere, beide gegensätzlichen Kräfte überformende Ebene. Denn erst von dieser höheren Warte, gleichsam von der Kopfmittle der Gesellschaft aus kann die neue, im positiven Sinne *elitäre* politische Ausrichtung weiter in die Zukunft schauen als die beiden tragenden Schultern und kann somit gesamtgesellschaftlich orientierend wirken. Synthetisch-

6 Ebd., S. 144.

7 Ebd., S. 147.

normative Politik wäre insofern nicht zuvörderst als horizontal angelegter, mit „Maß und Mitte“ angelegter „guter Kompromiss“ zwischen rechts und links anzusehen – als ständige GroKo-Partei sozusagen –, sondern sie wäre vielmehr offensiv als *eigenständige dritte Kraft mitte-oben* zu profilieren, mit der das *dialektische System repräsentativer Demokratie* erst vollständig und somit in sich tragend und stabil wird.

Winfried Kretschmann bezeichnet seine „Politik des Und“ als „zeitgemäßen Konservatismus“⁸ – und trägt damit nicht unerheblich zur politologischen Begriffsverwischung und -verwirrung bei. Er versucht seine Benennung begriffshistorisch herzuleiten und bezeichnet das Konservative als „ein Kind des Wandels“⁹: Während der Französischen Revolution sei es als reaktionäre Ideologie der Restauration entstanden, in der Weimarer Republik habe es als aggressive, antidemokratische Variante davon eine „konservative Revolution“ gegeben. Maßgeblich Franz Josef Strauß habe den Begriff dann in den 1960er Jahren umgedeutet und zunächst für die CSU, später auch die CDU salonfähig gemacht: „Konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts marschieren“¹⁰, so die „Strauß'sche Begriffszерtrümmerung“¹¹. In einer „wertkonservativen Wende“ in den 1970er Jahren seien schließlich auch die Folgen, Risiken und Nebenwirkungen solchen Fortschritts der modernen Industriegesellschaft reflektiert worden. Erhard Eppler habe hier zwischen Wert- und Strukturkonservatismus unterschieden: „[Dies] hat viel dazu beigetragen, den Konservatismusbegriff aus dem überkommenen politischen Links-rechts-Schema herauszulösen. Wertkonservative gibt es auf beiden Seiten der alten Lagergrenzen. Ihnen geht es darum, bestimmte grundlegende Werte und Vermächtnisse zu bewahren – so etwa den Erhalt der Natur, die Würde des Einzelnen oder das 'bonum commune', das Gemeinwohl.“¹² An diese Begriffsentwicklung schließt Kretschmann nun mit seinem oben umrissenen neuen Konservatismus an, um in einer Zeit des prekären Übergangs – „Die alte Weltordnung löst sich auf. Und eine neue gibt es noch nicht“¹³ – eine Halt und Orientierung stiftende Idee anzubieten, auf welche die Gesellschaft sich verlassen will und kann.

Das zentrale Problem bei Kretschmanns Diagnose besteht nun darin, dass das erwähnte „Links-rechts-Schema“ eben gerade *nicht überkommen* ist, sondern, ganz im Gegenteil und wie eingangs schon beschrieben, sämtliche Demokratien westlichen Typs systemisch und parteipolitisch von ihm organisiert werden, im Zuge einer repräsentativen Demokratie, die wiederum ein eigenes Menschenrecht darstellt.¹⁴ Dabei handelt es sich bei Rechts versus Links weniger um bestimmte politische Ideologien oder festgeschriebene Parteiprogramme, als vielmehr um *gegensätzliche, komplexe und veränderliche politische Denkmuster und Mentalitäten*, die sich den Wahlbürgerinnen und -bürgern zur Identifikation und zur Repräsentation im Rahmen einer demokratischen Streitkultur anbieten. So auch bei Winfried Kretschmann selbst: „Im Lau-

8 Ebd., S. 10.

9 Ebd., S. 13ff.

10 Zit. n. ebd., S. 18.

11 Ebd., S. 140.

12 Ebd., S. 22f.

13 Ebd., S. 30.

14 S. AEMR, Art. 21.

fe meines Lebens ist mein Respekt vor dem, was die zivilisierte Menschheit schon immer für richtig gehalten hat, stetig gewachsen. Vor grundlegenden Gedanken, Werten und Tugenden, die sich bewährt haben und die uns Orientierung geben. Etwa das Prinzip von Maß und Mitte, so wie es bei Aristoteles zu finden ist. Oder die Einsicht, wie wichtig Vertrauen und Verlässlichkeit sind, wenn wir miteinander umgehen.“¹⁵ Derartige politische Mentalitäten erhalten ihre Substanz und Kontur ganz wesentlich durch bestimmte gesellschaftstragende *Gerechtigkeitsprinzipien* – vergleiche das eben erwähnte aristotelische Maß –, so das Prinzip der *Leistungsgerechtigkeit* für das rechts-bürgerliche Lager („Leistung soll sich wieder lohnen!“)¹⁶, dagegen das Prinzip der *sozialen Gerechtigkeit* für das links-gesellschaftsverändernde Lager („Gleiche Chancen für alle!“). Ohne Rekurs auf ein solches grundlegendes Gerechtigkeitsprinzip scheinen politische Bewegungen nur kurzfristig und randständig Bedeutung erlangen zu können, wie etwa das Beispiel der Piratenpartei zeigt: Die digitale Informationsgesellschaft, auf welche „die Piraten“ sich inhaltlich kaprizieren, ist zwar sicherlich ein zentrales Zukunftsthema; wenn dieses aber nicht an normative gesellschaftsorganisierende Prinzipien anschließt, kann Zukunft damit nicht maßgeblich politisch gestaltet werden.

Zur Benennung jener rechts-bürgerlichen Mentalität als einem Pfeiler des Systems repräsentativer Demokratie hat sich der Begriff „konservativ“ eingebürgert, weil zu dieser Mentalität – und daran ändert auch die paradoxe Strauß'sche¹⁷ und von Kretschmann aufgegriffene Fortschritts- und Zukunftsrhetorik nichts – wesentlich gehört, eher auf das Bewährte, das Verlässliche und die Tradition zu setzen (im Buch wird dazu treffend eine Romanfigur aus dem „Stechlin“ von Theodor Fontane zitiert: „Nicht so ganz unbedingt mit dem Neuen. Lieber mit dem Alten, soweit es irgend geht, und mit dem Neuen nur, soweit es muss“¹⁸).¹⁹ Dann aber kann es keinesfalls sinnvoll sein, den Begriff des Konservativen aus dem rechten Lager herauszulösen, und die Unterscheidung des SPD-Mannes Eppler zwischen Struktur- und Wertkonservatismus taugt aus dieser Sicht am ehesten zu einer unglücklichen Begriffskonfusion, die nun von dem Grünen Kretschmann in ökologischer Erweiterung fortgesetzt wird. Denn wenn der neue Konservatismus einer „Politik des Und“ als lagerübergreifende Werteorientierung verstanden werden will, dann schwächt er damit gerade die Streitkultur des Systems repräsentativer Demokratie, das doch auf klare Konturen und deutlich unterscheidbare norma-

15 A. a. O., S. 11.

16 Bei der F.D.P. verbinden sich die Leitmaximen *Leistungsgerechtigkeit* und *Freiheit*. Letztere ist in einer liberalen Demokratie allerdings ein Allgemeinwert und taugt daher nicht zur gesamtgesellschaftlichen, sondern allenfalls zu einer klientelistischen Profilierung („das eigenständige, liberale Individuum innerhalb der Rahmenbedingungen der freien Marktwirtschaft“). Das politische Anliegen einer solchen liberalistischen Klientelpartei ist in der ehrwürdigen Tradition des *Liberalismus* und im Rahmen einer vielfältigen Parteienlandschaft sicherlich legitim und bereichernd, wird aber problematisch, wenn sein Geltungsanspruch überdehnt und für staatstragend erklärt wird. Letzteres dürfte zum vielleicht überheblichsten Satz der deutschen Nachkriegspolitik beigetragen haben: „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“... .

17 Vgl. auch A. Dobrindts neuerlichen Vorstoß einer „konservativen Revolution“... .

18 Zit. n. ebd., S. 15.

19 Bundeszentrale für politische Bildung: „Konservatismus Dieser Begriff kommt von dem lateinischen Wort 'conservare' und heißt 'bewahren'. Konservatismus bezieht sich auf Denkweisen und Bewegungen in Politik, Religion oder Gesellschaft. Gemeint ist damit, dass konservativ denkende Menschen an überlieferten Werten und Vorstellungen festhalten und neue Entwicklungen eher kritisch betrachten.“ (www.bpb.de, abgerufen 27.02.19)

tive Ausrichtungen angewiesen ist, sollen nicht die rechts- und linkspopulistischen Ränder von einer solchen Konturschwäche in der Mitte der Gesellschaft profitieren.

Kretschmanns Begriffsverwirrung kulminiert in der Überschrift: „Nachhaltig ist das neue Konservativ“.²⁰ Denn mit *nachhaltiger Gerechtigkeit* ist nun – vieldeutig genug – genau jenes dritte Gerechtigkeitsprinzip benannt,²¹ welches geeignet ist, die – ebenso vieldeutige – konservative Leistungsgerechtigkeit und die progressive Sozialgerechtigkeit zu überformen und in sich aufzuheben – allerdings nicht im Sinne einer konturschwach-kompromissorientierten „Politik des Und“ und Sowohl-als-Auch, sondern als *politische Synthese mit eigenständiger normativer Überzeugungskraft*, die sich im dialektischen System repräsentativer Demokratie gleichwohl auf die beiden anderen tragenden Gerechtigkeitsprinzipien und politischen Kräfte angewiesen weiß und sich auf diese stützt. Wenn also, um es hier einmal überanschaulich auszudrücken, aus der *väterlichen These Konservatismus* und der *mütterlichen Antithese Progressivismus* ein Drittes entsteht, so soll dieses Kind auch einen Namen haben, und dieser lautet: *feminale*²² *Synthese Normativismus*. Eines der mittlerweile prominenten Gesichter solcher feminal-synthetisch-normativen Gesellschaftspolitik von unten ist die erst sechzehnjährige schwedische Klimaschutzaktivistin Greta Thunberg, die für ihr Engagement schon mehrfach ausgezeichnet wurde und inzwischen gar als eine „Galionsfigur der Klimaschutzbewegung“²³ gilt.²⁴ Am 20. August 2018 platzierte sie sich alleine mit einem Schild mit der Aufschrift „Skolstrejk för klimatet“ („Schulstreik für das Klima“) vor dem schwedischen Reichstag in Stockholm – eine außerordentlich mutige Aktion der Jugendlichen ganz im Sinne neugründenden politischen Handelns im öffentlichen Raum nach Hannah Arendt (die übrigens auch eine wichtige Gewährsfrau für Kretschmanns neuen Konservatismus ist; ihr Zitat „Der Sinn von Politik ist Freiheit“ ist seinem Buch als Motto vorangestellt). Entsprechend hat Gretas Protest mittlerweile weltweit NachahmerInnen in Gestalt regelmäßiger Schülerdemonstrationen gefunden, so auch in verschiedenen Städten Deutschlands. Mit ihrem jugendlichen Alter personifiziert Greta Thunberg geradezu die mit nachhaltiger Entwicklung eng verbundene *Generationengerechtigkeit* und fordert diese ebenso charismatisch wie unnachgiebig ein: „The year 2078, I will celebrate my 75th birthday. If I have children, maybe they will spend that day with me. Maybe they will ask me about you. Maybe they will ask why you didn't do anything while there was still time to act. You say you love your children above all else, and yet you are stealing their future in front of their eyes.“²⁵ Einer paternalistischen Ausgleichs-, Zuversichts- und Hoffnungsrhetorik erteilt sie indes eine klare Absage: „Until you start focusing on what needs to be done, rather than what is politically possible, there is no hope. We can not solve a

20 Ebd., S. 36.

21 *Nachhaltige Gerechtigkeit* wird hier hier als Verbindung von *globaler Gerechtigkeit* und *Generationengerechtigkeit* verstanden, im Kontext der politischen Zielsetzungen der Vereinten Nationen in „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“.

22 Siehe dazu näher www.ludus-mundi.com/future_female.pdf.

23 In: Süddeutsche Zeitung, 02.12.18: „Es müsste höchste Priorität haben!“

24 Vgl. dazu auch den Archetyp des *magischen Mädchen* in www.ludus-mundi.com/traumzeit.pdf.

25 In: „You Are Stealing Our Future: Greta Thunberg, 15, Condemns the World's Inaction on Climate Change“. Auf: YouTube (abgerufen 04.02.19)

crisis without treating it as a crisis.“²⁶ Und als der – teils konservativ eingestellte – australische Premierminister Scott Morrison sich beschwerte, man wolle in der Schule mehr Lernen und weniger Aktivismus haben, erwiderte Thunberg kurz und bündig: „Sorry mr @ScottMorrisonMP. We are unable to comply.“²⁷

Aus all dem wird ersichtlich, dass normative Politik nicht in erster Linie horizontal-moderat, sondern im Wortsinne *vertikal-radikal* zu sein hat, das heißt sie *wurzelt geradlinig* – siehe Schaubild unten – im Grundgesetz, im demokratischen Rechtsstaat und den (ökologischen) Menschenrechten. Denn wie anders sollte den radikalen, an die Wurzel gehenden Herausforderungen der Zeit, allen voran dem Klimawandel, begegnet werden, wenn nicht durch *radikal-entschlossenes Handeln*, wie es etwa von Greta Thunberg so vorbildhaft demonstriert wird? Besteht die zentrale Schwierigkeit nicht gerade darin, dass die auf Maß, Mitte und Besonnenheit bedachte Politik dem Klimawandel seit Jahrzehnten hinterherhinkt und einem Teil der globalen Jugend damit sehenden Auges die Zukunft stiehlt? Könnte solche moderat-horizontale Demokratie nicht sogar ein Teil des weltweiten Problems sein, wie etwa Graeme Maxton, der ehemalige Generalsekretär des Club of Rome, es andeutet?²⁸ Und kann man, wenn es bereits fünf nach zwölf geschlagen hat – Greta sagt: „Das Haus brennt!“²⁹ –, ernsthaft wollen, dass die nicht-demokratischen, autoritären bis diktatorischen Regime in ein paar Jahrzehnten möglicherweise die besseren Antworten auf die größte Herausforderung unserer Zeit gefunden haben werden? Es zeigt sich: Die Antwort auf die *radikale Problemlage* in der globalen Moderne kann nur eine ebenso *radikale Politik* sein, allerdings keine von radikal-rechts („Weltherrschaft“) und auch keine von radikal-links („Weltrevolution“), sondern einzig eine *Radikalität der synthetischen Vernunftmitte* („Weltvernunft“), in welcher die horizontalen politischen Gegensätze in nachhaltiger, zukunftsgerechter Weise aufgehoben sind!³⁰ Nun braucht eine solche demokratisch-rechtsstaatlich-sozialökologische Weltvernunft auch eine globale Institution zu ihrer politischen Umsetzung, und es ist der Tübinger Rechtsphilosoph Otfried Höffe, der hier mit seinem Vorschlag einer tiefgreifenden Reform der Vereinten Nationen hin zu einer *föderalen und subsidiären Weltrepublik* visionär vorausgedacht hat.³¹ Auch in einem darin enthaltenen zukünftigen *Weltparlament* – siehe dazu die richtungsweisende Initiative *Demokratie ohne Grenzen*³² – sollten als in sich stabiles dialektisches System repräsentativer Demokratie *die drei tragenden politischen Kräfte Konservatismus, Progressivismus und Normativismus* vertreten sein,³³ die allesamt auf der Menschenwürde und den Menschenrechten gegründet sind.

26 Ebd.

27 Zit. n. SpiegelOnline: Globale Klimakrise: Gretas Aufstand. (Abgerufen 09.02.19)

28 In: Schafft die Menschheit sich bald ab? SRF Sternstunde Philosophie. Auf: YouTube, ab 50.00 min (abgerufen 09.02.19).

29 Greta Thunberg – Our house is on fire. Auf: YouTube (abgerufen 27.02.19).

30 Dass damit freilich keine „Öko-Diktatur“ gemeint ist, wird aus der demokratisch-rechtsstaatlichen Fundierung des Ansatzes erkenntlich.

31 Höffe, O. (1999): Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. München: Beck. Zur Kritik und Erwidern siehe Gosepath, St. & Merle, J.-Ch. (Hg.)(2002): Weltrepublik: Globalisierung und Demokratie. München: Beck.

32 www.democracywithoutborders.org. Siehe ausführlich Leinen, J. & Bummel, A. (2017): Das demokratische Weltparlament: Eine kosmopolitische Vision. Bonn: Dietz.

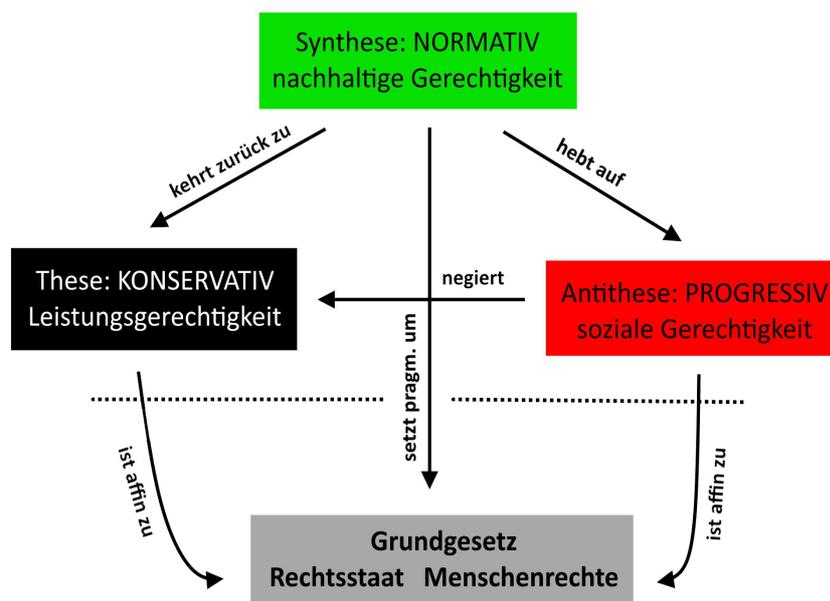
33 Andreas Bummel: Perspektiven der Demokratie. Auf: YouTube, ab 18.20 min (abgerufen, 27.02.19): „Und darüber hinaus würden die Abgeordneten im Weltparlament sich nicht anhand nationale Delegationen organisie-

Zusammenfassend soll die in der Überschrift genannte Frage – *Ist Winfried Kretschmanns neuer Konservatismus normativ im Sinne eines politischen Normativismus?* – nun konzise beantwortet werden. Die allgemeine Antwort darauf lautet: *ja – aber nur bis zu einem gewissen und unzureichenden Grad*. Der neue Konservatismus bewegt sich zwar insofern konzeptuell auf eine synthetisch-normative Politik zu, als er die horizontalen politischen Gegensätze mit Maß, Mitte und souveräner, „landesväterlicher“ Vernunft „von oben“ auszugleichen sucht und dabei gleichzeitig nach Arendt auf zivilgesellschaftliches Engagement „von unten“, auf bürgerschaftliches Sprechen, Gehörtwerden und Handeln im öffentlichen Raum setzt. Er bleibt dabei aber gleichsam auf halbem Wege stecken und leistet sich bei seiner Konzipierung – angefangen bei der Namensgebung – erhebliche semantische Fehlgriffe. Anders und schematisch ausgedrückt: Wenn Kretschmann die Grünen als eine ihrem mehrheitlichen Selbstverständnis nach linksliberale Partei konzeptuell ganz in die Mitte ziehen wollte, so hat er dabei aus normativer Sicht zu viel nach rechts und zu wenig nach oben gezogen. Für seine eigene politische Verortung ebenso wie für die Regierungsbildung in Baden-Württemberg mag dies zwar hilfreich sein (und findet auf dieser realpolitischen Ebene auch meinen großen Respekt) – nicht aber für eine schlüssige Konzeptualisierung des Systems repräsentativer Demokratie. Für einen *neuen politischen Normativismus* – dessen Begriffsmarker sind: *global, feminal, vertikal, radikal, digital* – seien zur kritischen Unterscheidung daher zusammenfassend folgende Punkte angeführt.

(1) Winfried Kretschmanns neuer Konservatismus verbleibt vom Schema her auf der Horizontalen, während der politische Normativismus in eine diese kreuzende *Vertikale* eingetragen wird. Entsprechend setzt der neue Konservatismus auf Kompromiss und Ausgleich zwischen den horizontalen Rechts-links-Lagern („Politik des Und“), während der Normativismus sich neodialektisch als deren *aufhebende Synthese* versteht. (2) Der Konservatismus will bürgergesellschaftlich und lagerübergreifend eine breite Orientierung geben, indem man sich auf das seit jeher Bewährte besinnt („Worauf wir uns verlassen wollen“). Dagegen versteht der Normativismus sich als Synthese in einem *dialektischen System repräsentativer Demokratie*, welches auf klar konturierte Unterscheidungen von der These Konservatismus und der Antithese Progressivismus angewiesen ist, um in einer demokratischen Streitkultur funktional zu sein. (3) Von daher ist Kretschmanns Begriffswahl „neuer Konservatismus“ weder glücklich noch begriffsgeschichtlich überzeugend, da genau diese Grenzen damit verwischt werden. Stattdessen braucht es einen neuen politikwissenschaftlichen Begriff, um die bisherige Leerstelle im System repräsentativer Demokratie zu bezeichnen, und hierfür bietet sich der zunächst rechtstheoretische Begriff des *Normativismus* an, der vorzugsweise von den Grünen politologisch besetzt und politisch umgesetzt werden sollte. (4) Als politische Synthese ist der Normativismus nicht in erster Linie moderat ausgleichend, sondern buchstäblich *vertikal-radikal*, das heißt er *wurzelt geradlinig* in den (ökologischen) Menschenrechten und sucht diese entschieden, dabei politpragmatisch umzusetzen – etwa mit einer konsequenten Einhaltung

ren oder gruppieren ... , sondern – das ist ein entscheidender Punkt – es gäbe *transnationale Fraktionen*, so wie wir sie auch im europäischen Parlament kennen Dann gäbe es wahrscheinlich eine konservative Gruppe, eine sozialdemokratische oder sozialistische Gruppe, eine grüne Gruppe ... , und diese Gruppen würden dann aus ihrer speziellen Perspektive die Weltprobleme bearbeiten.“

des Pariser Klimaschutzabkommens!³⁴ –, um damit den radikalen Herausforderungen unserer Zeit mit einer dementsprechenden *Radikalität der gesellschaftspolitischen Vernunftmitte* zu begegnen. (5) Der Normativismus ist demnach nicht moderat-paternalistisch, sondern *radikal-feminalistisch*, im Sinne einer *feminalen Globalogik*,³⁵ mit der vom globalen Ganzen her auf die einzuordnenden Teile gedacht wird („world first“) – und nicht egologisch³⁶ vom eigenen Vorteil her auf das Weltganze („America first, Germany second“, als „Exportweltmeister“ und gerne auf Kosten anderer). (6) Da radikalen globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel nur auf globaler Ebene wirksam begegnet werden kann, teilt der politische Normativismus die Vision und Realutopie der Weiterentwicklung der Vereinten Nationen zu einer *föderalen und subsidiären Weltrepublik* (O. Höffe)³⁷, in deren *zukünftigem demokratischen Weltparlament* (J. Leinen & A. Bummel) er die – auch ökologischen – Menschenrechte, einschließlich Frauenrechte, politpragmatisch und nachhaltig umzusetzen suchen wird.



34 „Im November 2018 wurde bekannt, dass elf Einzelkläger ... beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Verfassungsbeschwerde gegen die Bundesregierung erhoben haben: Deutschland versage beim Umweltschutz, indem es seine Klimaziele für das Jahr 2020 sicher verfehle und weil 'geeignete gesetzliche Vorschriften zur Bekämpfung des Klimawandels' fehlten; damit verletze es die 'Schutzpflicht' für Leben und körperliche Unversehrtheit, der Handlungsfreiheit und Eigentum der Bevölkerung sowie ein von den Beschwerdeführern behauptetes Grundrecht auf ein 'ökologisches Existenzminimum'. [67] Das Gericht prüft nun die Annahme bzw. Zulässigkeit der Klage.“ (In: Wikipedia: Übereinkommen von Paris. Abgerufen 03.03.19)

35 Siehe www.ludus-mundi.com/weltproblem_egologik.pdf.

36 Ebd.

37 Höffe (a.a.O., S. 430ff): „Die geforderte subsidiäre und föderale Weltrepublik ist ... eine Utopie des Noch-Nicht, ein Ideal, dessen Verwirklichung die reale Menschheit rechtsmoralisch verpflichtet und zu dem sie, glücklicherweise, schon ein wenig unterwegs ist. ... Die vielfältige Globalisierung schafft oder verschärft einen Handlungsbedarf, der, soll er den Ansprüchen von Recht, Gerechtigkeit und Demokratie genügen, nach einer Rahmordnung verlangt, die an die Stelle der Gewalt das Recht setzt, das Recht auf Gerechtigkeitsprinzipien verpflichtet und das gerechte Recht einer subsidiären und föderalen Weltrepublik überantwortet.“